

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Alexander Bonde, Anna Lührmann, Omid Nouripour, Winfried Hermann, Kerstin Andreae, Birgitt Bender, Priska Hinz (Herborn), Christine Scheel, Dr. Harald Terpe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/9900, 16/9902, 16/10412, 16/10423, 16/10424, 16/10425 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009
(Haushaltsgesetz 2009)**

**hier: Einzelplan 12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Auf die Privatisierung der DB Mobility & Logistics im Jahr 2009 wird verzichtet, sei es in Form eines Börsenganges oder eines Teilverkaufs. Deshalb werden veranschlagte Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen im Bundeshaushalt, Einzelplan 60 (Kapitel 60 02, Titel 133 01 „Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und aus der Verwertung von sonstigem Kapitalvermögen des Bundes“) gestrichen.

Berlin, den 25. November 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Eine Teilprivatisierung der DB Mobility & Logistics AG (DB ML AG), in der der gesamte Personen- und Güterverkehr der Deutschen Bahn AG zusammengefasst wurde, ist angesichts der internationalen Krise der Finanz- und Kapitalmärkte und der sinkenden Werte für Transportaktien unverantwortlich.

Der von der Bundesregierung ursprünglich angenommene Erlös von bis zu 8 Mrd. Euro für den Anteil von 24,9 Prozent an der DB ML AG ist im derzeitigen Kapitalmarktumfeld nicht realisierbar und auch bei einem Verkauf an einen Investor sind derzeit keine optimalen Erlöse zu erzielen.

Ein Verkauf unter den Bedingungen der aktuellen weltweiten Finanzmarktkrise voranzutreiben, ist unverantwortlich und kommt einer Vermögensverschleuderung gleich.